

II-4069 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 20831A

1991-12-04

A N F R A G E

der Abgeordneten Haigermoser, Böhacker, Rosenstingl
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Wohnungsnot und Bundesgebäudeverwaltung

Insbesondere in Ballungszentren nimmt die Wohnungsnot immer dramatischere Formen an. So tritt z.B. im Großraum Salzburg das Phänomen auf, daß österreichische Staatsbürger (die auch in Österreich arbeiten) ihren Wohnsitz im benachbarten Ausland nehmen, da dort die Wohnkosten niedriger sind als in ihrem Vaterland.

Es würde zu weit führen, im Detail auf die Gründe der zunehmenden Wohnungsnot einzugehen, wenngleich anzumerken ist, daß nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten die verfehlte Wohnpolitik der "großen" Koalition neben Länderversäumnissen einen wesentlichen Teil der Verantwortung dieser Probleme tragen.

Die Aushöhlung des Bauspargedankens, der Förderungsdschungel sind nur weitere Beispiele für die maßgeblichen Gründe für das kurz beschriebene Dilemma auf dem Wohnungsmarkt.

Nun ist der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten in seiner Eigenschaft als Bautenminister hierfür sicher nicht alleinverantwortlich, jedoch obliegt ihm bei der Vermietung der in der Verwaltung der Bundesgebäudeverwaltung (BGV) liegenden Wohneinheiten eine große Verantwortung im Hinblick auf die Gestaltung der Mietzinse, Verträge und allfälliger Privatisierung von in Bundesbesitz bzw. -verwaltung stehenden Wohnraumes.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

A n f r a g e :

1. Wieviele Wohnungen werden in der Stadt Salzburg von der BGV verwaltet?
2. Wieviele Wohnungen werden im restlichen Bundesland Salzburg von der BGV verwaltet?
3. Wieviele Quadratmeter Wohnraum sind dies jeweils im Land bzw. in der Stadt Salzburg insgesamt?
4. Wie hoch sind die jeweiligen Mietpreise/m² gestaffelt nach Wohnkategorien?
5. In welcher Form, insbesondere in Hinblick auf die soziale Komponente, wird bei einer Neuvergabe allfällig freiwerdenden Wohnraumes vorgegangen?
6. Wieviele Wohnungen aus Bundesbesitz wurden in den Jahren 1990/91 jeweils in Stadt und Land Salzburg neuvermietet bzw. verkauft?
7. Ist daran gedacht, die Mietpreise für diese Wohnungen einer Neuberechnung zu unterziehen, um so zu einem sozial gerechten Mietzins zu gelangen, soweit dies vertraglich möglich ist?